

tatio im Schluß den Unterzeichnern der Augsburger Konfession, daß sie „in vielen Artikeln mit der universalen allgemeinen römischen Kirche übereinstimmen“ und daß sie „darüber hinaus auch viele gottlose Lehren, die sich im gemeinen Volk der deutschen Nation ausgebreitet haben und die in vielen Büchlein, welche überall auftauchen, enthalten sind, ebenso verwerfen und verdammen“. Einige Fragen, die in der Confutatio noch offen geblieben waren, konnten in den Ausschlußverhandlungen geklärt werden.

Aus der Sicht der jahrhundertelangen Trennung ist es erstaunlich und kaum zu glauben, daß im Vierzehnerausschuß vom August 1530 in fast allen Lehrartikeln des ersten Teiles der Confessio Augustana eine Einigung erzielt wurde. Lediglich die Artikel 11, 14, 15 wurden für die Verhandlung des zweiten Teiles der Confessio Augustana zurückgestellt, und die Artikel 12, 20, 21 wurden nur teilweise verglichen. Eck meinte dazu, daß es mehr ein Streit um *anstößige Begriffe* sei, in der Sache selbst sei man nicht mißfällig. Der Grund der Einigung lag nicht darin, daß etwa durch vieldeutige Begriffe die Unterschiede vertuscht worden wären. Man war sich vielmehr der unterschiedlichen Terminologie vor allem in der Sünden- und Rechtfertigungslehre durchaus bewußt und kam bei unterschiedlicher Terminologie zu einer Einigung in der Sache. Der Grund der Einigung liegt vielmehr darin, daß beide Seiten bereit waren, ihr Bild von der anderen Seite zu korrigieren und sich nicht mehr gegenseitig auf Extrempositionen festzulegen. So kam es etwa in den Artikeln 18 und 19 ohne große Diskussion zu einer vollen Einigung, weil die Confessio Augustana die katholische Seite nicht mehr mit der von Luther bekämpften Position, daß der Mensch ohne Gnade allein aus natürlichen Kräften Gott über alles lieben kann, identifizierte und umgekehrt bereits die Confutatio zur Kenntnis nahm, daß die überspitzten Formulierungen von 1520/21, daß alles, was geschieht, mit absoluter Notwendigkeit geschieht und daß Gott eigentlich die Sünde wirke, so daß der Verrat des Judas nicht weniger

Gottes Werk sei wie die Berufung des Paulus, in Artikel 18 und 19 der Confessio Augustana korrigiert sind. Die Verhandlungen scheiterten schließlich an den Artikeln des zweiten Teiles der CA, vor allem an den Fragen von *Priesterehe* und *Laienkelch*. Hinzu kommt, daß die Bereitschaft von Kursachsen und insbesondere von Melanchthon, die Jurisdiktion der katholischen Bischöfe anzuerkennen, den Widerstand Philipps von Hessen und der Städte Nürnberg und Reutlingen hervorrief und zu einer wachsenden Isolierung Kursachsens im evangelischen Lager führte. Schließlich spielte auch die Frage der Restitution der Klöster, Kirchengüter und Stiftungen ein nicht zu unterschätzendes Hindernis.

Beginn einer gemeinsamen Sicht

Auf dem Symposion selbst kam es bei der Interpretation und Bewertung der Aussagen der Confessio Augustana zu den Fragen von *Schrift, Tradition, Be-*

kenntnis (P. Fraenkel, Genf, und S. Wiedenhofer, Regensburg), *Rechtfertigung* (H. Fagerberg, Uppsala, und V. Pfnür, Münster), *Sakramenten – Taufe und Buße* (H. Jorissen, Bonn), *Abendmahl* (V. Vajta, Strasbourg) und weitgehend auch in den Fragen von Amt und Bischofsamt (G. A. Lindbeck, USA, E. Iserloh, Münster, und H. Meyer Strasbourg) zu einer gemeinsamen Sicht unter den Referenten. Es zeigte sich aber auch, daß die mit dem Scheitern der Einigung von 1530 sich verfestigende Geschichte der Trennung ihre *Auswirkungen auf das Verständnis der Ekklesiologie* (W. Kasper, Tübingen, G. Kretschmar, München, und W. Beinert, Regensburg) mit sich brachte und den Zugang zum Amtsverständnis der Confessio Augustana erschwert. So ist nun zu hoffen, daß die gemeinsame Besinnung auf die Confessio Augustana dazu anleitet, der Hermeneutik der Trennung eine „Hermeneutik der Einigung“ entgegenzusetzen, vor der Verführung der Schlagworte und schnellen Konsequenzmacherei bewahrt. V. P.

Religionspolitische Schwankungen in Jugoslawien

Vielfältig und zwiespältiger denn je waren in den letzten Monaten die Nachrichten über die Lage der Religionsgemeinschaften in Jugoslawien. Äußerungen einzelner hoher Parteifunktionäre, man könne mit den derzeitigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche zufrieden sein, wurden ebensooft in der Presse abgedruckt wie die Meldungen, Parteiführer hätten vor der Ausweitung der Aktivitäten der Kirche gewarnt.

Klimatische Schwankungen

Als am 10. Februar dieses Jahres in Ljubljana der „Kronprinz“ Titos, *Edvard Kardelj*, starb, schrieb die katholische Wochenzeitung „Druzina“, daß die Kirche in Slowenien diesen langjährigen Vertrauten Titos und geistigen

Vater der sozialistischen Selbstverwaltung immer hochgeschätzt habe und sein Andenken bewahren werde, da sich Kardelj stets für die Gleichberechtigung der Gläubigen in der Gesellschaft eingesetzt habe. Fast zur gleichen Zeit hielt der Präsident des Sozialistischen Bundes des Werktätigen Volkes Sloweniens, *Mitja Ribičič*, eine viel beachtete Gastvorlesung an der Filiale der Theologischen Fakultät in Maribor. Ribičič, von dem bisher eine Reihe scharfer antikirchlicher Äußerungen aus den letzten Jahren bekannt sind, referierte über Standort und Rolle der Gläubigen in der sozialistischen Gesellschaft. Er betonte, daß Marxismus nicht von vornherein mit Atheismus gleichgesetzt werden könne. Die gemeinsame Sorge für den Menschen sei der elementare Berührungspunkt zwischen Marxismus und Christentum. Er warnte dann vor ei-

nem Wiedererstarken des Klerikalismus in der Kirche ebenso wie vor dem „Sektierertum“ (sektastvo) im Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

Das hatte vor ihm auch *Todo Kurtović* getan, derzeit der Bundesvorsitzende des Sozialistischen Bundes Jugoslawiens. Sein Buch „Die Kirche und die Religion in der sozialistischen Selbstverwaltungsgesellschaft“ (Belgrad 1978) wollte aufzeigen, daß für einen Marxist die Erklärungen von Marx und Lenin zur Religion kein steriles Dogma sein dürfen und daß die Vorstellungen aus den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts heute überholt seien. Kurtović respektiert positive Veränderungen in den Konfessionen, insbesondere in der katholischen Kirche nach dem Zweiten Vatikanum und gibt auch Fehler und überspitzte Reaktionen der Partei gegen die Kirche zu. *Marko Oršolić*, ein Franziskaner aus Sarajevo, hat in der Monatsschrift „Sozialistische Theorie und Praxis“ das Buch von Kurtović „einen bedeutenden Beitrag zur marxistischen Betrachtung der Religion“ genannt und festgestellt, man könne „Kurtović mit ruhigem Gewissen zu den bedeutenden marxistischen Theoretikern der Religion zählen, wie das Machovec, Gardavsky, Garaudy, Luporini, Lombardo-Radice und andere sind, nur mit dem Unterschied, daß sein Denkansatz vor allem politologisch und erst dann philosophisch-soziologisch ist“. Sicher hat Oršolić recht und ist Kurtović aufgrund der Sprachenbarriere im westlichen Sprachraum zu wenig oder besser überhaupt nicht gewürdigt worden. Es muß aber auch klar gesehen werden, daß trotz der hohen Stellung von Kurtović immer noch die Politiker die Religionspolitik bestimmen und nicht Philosophen und Theoretiker.

Trotz der beruhigenden Worte von Ribičić und Kurtović gab es auch 1979 Grund zur Unruhe und Besorgnis. In Zagreb wurde ein neuerbautes Pfarrhaus teilweise von der städtischen Baubehörde eingerissen, weil sich der Pfarrer bei der Ziehung der Innenwände nicht genau an die genehmigten Baupläne gehalten hatte. Was den *Islam* angeht, so mehrten sich die be-

sorgten Berichte über die Schikanen unterer Parteibehörden gegen die Abhaltung des mohammedanischen Religionsunterrichtes in der Autonomen Provinz Amselfeld. Letzteres Beispiel zeigt aber auch, wie in Jugoslawien differenziert werden muß. Auch muslimische Berichte über die Schikanen auf dem Amselfeld fügten hinzu, daß solche Auswüchse in Bosnien und Herzegowina bei den dortigen Mohammedanern seit Jahren nicht mehr bekannt seien. Ähnlich differenziert verhält es sich mit der katholischen Kirche, wo vor allem bei den Kroaten gerne das Gespenst des Nationalismus beschworen wird, um der Kirche politische Ambitionen zu unterstellen. Das geschah deutlich nach der Kroatienwallfahrt Ende April dieses Jahres. Die kroatischen Katholiken begingen 1979 die 1100-Jahr-Feier des Briefes von Papst Johannes VIII. an Fürst Branimir und betonten dabei stets die seitdem ungebrochene Treue an Rom. Sowohl in Kommentaren von Radio Zagreb und Radio Ljubljana wurde nach den Feierlichkeiten auf die in den Augen der Partei zu starke Hervorhebung des Kroatentums hingewiesen.

Befürchtungen auch in der Kirche

Allerdings gab es auch Stimmen, die davor warnten, dies allzu hoch zu spielen. So brachte die katholische slowenische Wochenzeitung „Druzina“ in ihrer Nummer vom 17. Juni einen Kommentar mit dem Titel: Grundlose Furcht. Grund dazu war eine Sendung von Radio Ljubljana, in der der Sekretär des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens *France Šetinc* gefragt wurde, ob die Regierung das mit Stillschweigen übergehen dürfe, was alles an nationaler Begeisterung zum Jubiläumsjahr der Kroaten und der kroatischen Wallfahrt nach Rom geschrieben worden sei. Daß auch die Slowenen an den kroatischen Jubiläumsfeiern teilnahmen, bringe die Gefahr der Politisierung mit sich, meinte der Reporter von Radio Ljubljana. Er fragte Šetinc, ob nicht eines Tages die slowenischen Katholiken Bischof *Rožman* (der 1945 ins

Exil ging) so verherrlichen würden wie die Kroaten Kardinal Stepinac. „Druzina“ stellt dann fest, daß Šetinc in maßvollem Ton auf die exaltierten Fragen des Journalisten geantwortet habe und daß er nicht die Gefahr des Klerikalismus sehe. Was eine Slowenenwallfahrt nach Rom betreffe, so habe es darüber Gespräche mit dem jugoslawischen Botschafter beim Heiligen Stuhl gegeben und mit dem Beauftragten für Religionsfragen in Slowenien. Keinem von beiden sei es in den Sinn gekommen, die Wallfahrt politisch zu sehen. „Druzina“ schloß den Kommentar mit der Feststellung, daß diese grundlose Furcht von Unkenntnis herrühre, aber leider nicht zufällig im Radio und in der Presse auftrete.

Tatsächlich hatten sich diese Befürchtungen in der staatlichen Presse gehäuft, vor allem nach dem Papstbesuch in Polen. Da die Katholizität der Polen oft mit der der Kroaten verglichen wird, schien der Partei daran gelegen zu sein, das Problem zu verlagern und keine falschen Parallelen aufkommen zu lassen. Die Treue zu Rom und zur Kirche wurde aber von den Bischöfen in einem Maße betont wie nie zuvor. Die Bischöfe des kroatischen Sprachraums riefen für den 2. September zur Wallfahrt nach Nin auf, wo 879 Fürst Branimir residiert hatte; sie feierten einen Tag der Dankbarkeit für das Geschenk des katholischen Glaubens in Kroatien und ordneten an, jede kroatische Familie sollte täglich abends um 21.00 Uhr das Glaubensbekenntnis der Vorfahren erneuern.

Angesichts solcher etwas triumphalistischer Äußerungen gibt es aber auch Theologen, die vor der immer stärker werdenden Klerikalisierung warnen. Einige aktive Laiengruppen haben darauf hingewiesen, daß weniger der Klerus als vielmehr die Laien heute vor Problemen in der sozialistischen Gesellschaft stünden, da sie im Berufsleben mehr Schwierigkeiten hätten als die Priester. Eine dieser Gruppen, „*Rasudbe*“, gab unter dem gleichnamigen Titel ein Bändchen mit Diskussionsbeiträgen heraus, in denen versucht wird, den Freiheitsraum innerhalb der Kirche auszuloten und den Standort der Laien und ihre Verantwortung für

die Kirche zu bestimmen. „Die Mitglieder sind Gläubige, die Glieder der katholischen Kirche sind und bleiben wollen“, heißt es im Editorial, das gleichzeitig betont, daß eine lebendige Kirche Mut, Freiheit, Vitalität und Raum für innerkirchlichen Dialog und Christus-Zeugnis braucht und nicht blinde und starrköpfige Bewahrer kirchlicher Altertümer.

Die neun Beiträge stammen von zwei Kapuziner-Patres und einigen Laien. Unter ihnen sind Lehrer, Mathematiker und Ingenieure, die heiße Eisen anfassen, wie z. B. die Klerikalisierung in der Kirche Jugoslawiens. *Hrvoje Starčević* stellt fest, daß bisher die Laien überhaupt nicht ins aktive Leben der Kirche einbezogen wurden und daß die jugoslawische Bischofskonferenz sich nicht einmal um ein ständiges Diakonat bemühe, obgleich dies vom Konzil gefordert wurde. „Was ist mit der Rolle der Laien in der Kirche?“ fragt auch der Kapuziner *Mirko Novak* und stellt fest, daß auch 13 Jahre nach dem Zweiten Vatikanum alle Positionen in der Kirchenpresse fest in klerikaler Hand sind. Andere Artikel versuchen aufzuzeigen, wie das konserva-

tive Element in der Kirche immer mehr zunimmt und der Geist des Konzils schwindet. Die Autoren von „*Rasudbe*“ konstatieren dies selbst für die Zagreber Kirchenzeitung „*Glas Koncila*“.

Standfest und kompromißbereit

Eindeutig offener scheint die Lage in Slowenien zu sein. Unter dem Titel „Die Kirche ist für die Menschenrechte“ schrieb Erzbischof *Joseph Pogacnik* von Ljubljana einen Leitartikel in „*Druzina*“ vom 29. Juli, in dem er klarstellt, daß die Kirche mit keinem politischen System liiert ist und die Menschenrechte allen Menschen ohne Rücksicht auf die Ideologie zukommen. Der slowenische Metropolit erinnert daran, daß die Kirche in Slowenien klar gezeigt habe, daß sie am Aufbau der derzeitigen Gesellschaft mitarbeite und keinerlei politische Gewalt wolle. Ihm gehe es darum, die strittigen Fragen zwischen Staat und Kirche in gegenseitiger Achtung und demokratischer Atmosphäre zu lösen.

R. G.

dem Kommuniqué der Bischofskonferenz veröffentlicht. Der Staat ist also nicht grundsätzlich gegen solche Gespräche. In welcher Form sie stattfinden sollen, ist nicht gesagt. Dem Vernehmen nach würde die Kirche die *Bildung einer Kommission* befürworten.

Für die polnischen Bischöfe gilt nach wie vor der Grundsatz, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat im Lande vor einer *vollen Normalisierung zwischen Vatikan und der Volksrepublik* einschließlich der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen stehen muß. Als Erzbischof von Krakau sei Kardinal Wojtyła Mitautor dieser Linie gewesen, und er habe auch als Papst diesen Standpunkt nicht geändert.

In diesem Zusammenhang werden im polnischen Episkopat ausdrücklich Spekulationen mancher westlicher Zeitungen dementiert, daß es irgendwelche Meinungsverschiedenheiten zwischen den polnischen Bischöfen und dem Papst wegen dessen Grundsatzrede auf der Bischofskonferenz von Tschenschostochau am 5. Juni (vgl. HK Juli 1979, 350ff.) gegeben habe. Die polnischen Bischöfe sehen in dieser Rede im Gegenteil eine Bestätigung für ihre Linie.

Die *Vermutungen über Meinungsverschiedenheiten* waren damals unter anderem an die Tatsache geknüpft worden, daß der Text der Rede vom Pressezentrum wieder zurückgezogen und Stunden später im gleichen Wortlaut wieder verteilt wurde. Dies ist nach Angaben aus dem Pressebüro des Episkopats auf rein technisch-protokollarische Gründe zurückzuführen. Der Text habe im Pressebüro gelegen, bevor die Bischöfe ihn zu Gesicht bekamen. Die Bischöfe hätten ihn aber erst in die Hand bekommen sollen. Daher habe man die Texte zunächst vom Pressebüro zurückgezogen. Es sei aber nie beabsichtigt gewesen, irgendetwas daran zu ändern. Johannes Paul II. habe auch ausdrücklich den Wunsch geäußert, daß dieser Text veröffentlicht wird.

Auch an den Forderungen, die die Kirche an den Staat stellt, um zu einer Normalisierung zu kommen, hat sich – so ist seitens der kirchlichen Führung

Schwierige „Normalisierung“ in Polen

In ihrer ersten *Plenarsitzung* nach dem Besuch des Papstes am 5. und 6. September haben die polnischen Bischöfe der Regierung weitere Gespräche über die *Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat* vorgeschlagen. Daß es der Kirche dabei nicht nur um Fragen des reinen Kults geht, zeigt die Formulierung des Kommuniqués. Darin heißt es: „Der polnische Episkopat ist gemäß der vom Heiligen Vater Johannes Paul II. aufgezeigten Linie zu weiteren Gesprächen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat bereit und befürwortet auch den Prozeß der Normalisierung, was ein breites Zusammenwirken der Kirche und des Staates auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht: Stärkung der Familie, gesellschaftliche Ordnung, Achtung des Lebens, Nüchternheit, Achtung vor dem Gemeinschaftsei-

gentum, gesunde Bräuche, die Herausbildung von Grundsätzen über den moralischen Wert der Arbeit. All dies dient natürlich dem Wohl der Nation, der Kirche und des Staates. Der polnische Episkopat ist jedoch der Meinung, daß man die Erklärungen über den Willen zur Zusammenarbeit schwer ernst nehmen kann, ohne daß die Bedürfnisse der Kirche berücksichtigt und den Gläubigen die ihnen zustehenden Rechte im öffentlichen Leben zugestanden werden.“

Gesprächsbereitschaft bei unveränderten Positionen

Mit Ausnahme des letzten einschränkenden Satzes haben die staatlichen Zeitungen dieses Gesprächsangebot der Bischöfe in einem Ausschnitt aus